Bundesrepublik Deutschland MICHAEL GARTHE

Für den französischen Historiker und Publizisten Joseph Rovan war es eine der bedeutendsten außenpolitischen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland überhaupt¹, und EG-Kommissionspräsident Jacques Delors sprach von einer sechsmonatigen Zeitspanne, in der für die Europäische Gemeinschaft mehr Probleme gelöst worden seien als in den letzten zehn Jahren². Gemeint ist die bundesdeutsche Ratspräsidentschaft in der EG im ersten Halbjahr 1988, Adressat des Lobes war die Bundesregierung von Bundeskanzler Helmut Kohl, Doch so sehr sich die positiven Urteile über die deutsche Präsidentschaft auch häuften³, so wenig gelang es, diesen fraglosen Erfolg deutscher Europapolitik in der Bevölkerung der Bundesrepublik bewußt zu machen. Eher das Gegenteil war der Fall: Die Skepsis der Bundesbürger gegenüber der EG wuchs sogar noch und mit ihr die Unkenntnis über die positiven Folgen der Integration für die Deutschen4. So ergab eine Umfrage im Oktober 1988, daß nur noch 25% der Befragten den Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten zu einem Vereinigten Europa für besonders wichtig hielten. In allen Jahren davor lag dieser Wert deutlich höher, im Sommer 1985 zum Beispiel bei 40%3. Auch die Antworten auf Fragen nach dem Nutzen des angestrebten Binnenmarktes signalisierten bis Mitte 1988 eine zunehmende Skepsis der Deutschen: Nur noch 34% waren der Meinung, er werde sich gut auswirken (im Spätsommer noch 53%), während 58% negative Folgen befürchteten. Noch ernüchternder für die Bundesregierung waren die demoskopischen Daten zu ihrer Ratspräsidentschaft: Im Juli 1988 gaben 38% an, sie hätten nichts von der deutschen EG-Präsidentschaft gehört. Nur acht Prozent meinten, der Brüsseler Gipfel sei ein Erfolg gewesen, nur 17% meinten das vom Gipfel in Hannover. Kaum besser die Daten für Kanzler Kohl selbst. In Brüssel war er für 14% der Interviewten erfolgreich, in Hannover für 25%1.

Europawahl: Stimmungstest für die nationalen Parteien

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat in der Bevölkerung keine Spuren hinterlassen. Dies bestätigte sich auch bei der Europawahl vom 18. Juni 1989. CDU und CSU, die seit jeher auch in der Bevölkerung als die EG-freundlichsten deutschen Parteien gelten⁸, mußten eine herbe Niederlage einstecken. Mit einem Verlust von 8,3% konnten sie sich mit 37,7% nur noch ganz knapp vor der SPD mit 37,3% (minus 0,1) behaupten. Die FDP schaffte mit 5,6% den Wiedereinzug ins Europaparlament, die Grünen verbesserten sich geringfügig auf 8,4%. Die rechtsextremen Republikaner schafften auf Anhieb 7,1%. Freilich ist die Schlappe der Union

nicht nur auf ihre Europapolitik zurückzuführen, sondern auch auf ihr zum Zeitpunkt der Wahl geschwundenes Ansehen in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Europawahlkampf spiegelte einerseits das geringe Interesse der deutschen Wähler an EG-Themen wider, andererseits bestätigte er erneut die Neigung der Politiker, ihn für nationale und parteipolitische Interessen zu benutzen. Vom erklärten Willen aller großen Parteien, einen europäischen Wahlkampf zu führen, war schon bald nichts mehr übrig, Einfallslose Wahlplakate und Werbespots, die an überkommenen Stereotypen festhielten, gegenseitige Aufrechnungen von Erfolg und Mißerfolg, die mangelnde Information über die Funktionen des Europäischen Parlaments taten ein übriges dazu, daß die Wähler die Stimmabgabe erneut als Stimmungstest für die nationalen Parteien begriffen. Noch mehr als bei den beiden vorausgegangenen Europawahlen wurde so diejenige des Jahres 1989 zur Denkzettel-Wahl für die amtierende Regierung. Einige Politiker und Kommentatoren hatten den Urnengang sogar zur Abstimmung über die Person des Bundeskanzlers erklärt. So kam es zu dem paradoxen Ergebnis, daß sich in der Union trotz der schweren Stimmenverluste Erleichterung breitmachte. Sie war noch einmal die stärkste Gruppierung geblieben, und der Kanzler und CDU-Parteivorsitzende geriet vorerst aus der Schußlinie.

Angesichts der auf die staatliche Dimension beschränkten Sicht der Wahl gerieten bei der Wahlanalyse9 zwei Daten aus dem Blickfeld. Zum einen: Die gegenüber der Europäischen Integration grundsätzlich positiv eingestellten Parteien CDU/CSU, SPD und FDP vereinigten fast 81% der Wählerstimmen auf sich. Die gegenüber der EG indifferenten Grünen kamen zusammen mit den die EG ablehnenden Republikanern und den Splitterparteien dagegen nur auf runde 19%. Zum anderen: Allen pessimistischen Vorhersagen zum Trotz war die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik mit 62,4% um fast sechs Prozent höher als 1984. Im EG-Vergleich führt die Bundesrepublik damit sogar das Feld derjenigen Staaten an, in denen nicht gleichzeitig Nationalwahlen (Griechenland, Irland, Luxemburg) stattfanden oder in denen Wahlpflicht (Belgien, Niederlande, Luxemburg) besteht. Diese relativ gute Wahlbeteiligung hat in den Nachbarstaaten zum Teil mehr Aufmerksamkeit gefunden als in der Bundesrepublik selbst und wurde dort gerade nach dem Jubel, den der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow bei seinem Besuch in der Bundesrepublik ausgelöst hatte, als Vertrauensbeweis der Mehrheit der Bundesbürger für die westeuropäische Wertegemeinschaft interpretiert. Einzuschränken bei der gestiegenen Wahlbeteiligung ist allerdings, daß sie zwar auch auf eine Mobilisierung vieler im Prinzip EG-freundlicher Bürger in letzter Minute zurückzuführen ist, daß sie sich andererseits aber zu einem bedeutenden Teil in der hohen Stimmabgabe für die EG-feindlichen Republikaner erklärt: So sind beispielsweise in Bayern und Baden-Württemberg, den beiden Hochburgen der Republikaner, 15 bzw. fast 10% mehr Wähler zur Urne gegangen als 1984. Es waren fast ausschließlich Wähler der Republikaner, die 1984 noch zu Hause geblieben waren, weil es damals aus ihrer Sicht zu den EGfreundlichen Parteien keine Alternative gab10.

Ein neuer Nationalismus von rechts

Mit dem starken Abschneiden der Republikaner bei der Europawahl manifestierte sich auf Bundesebene zum ersten Mal jene neue politische Strömung, deren Erstarken sich schon seit längerem abgezeichnet hatte. Ein neuer Nationalismus¹¹ hat sich damit fürs erste im politischen System der Bundesrepublik auch auf Parteiebene etabliert. Fraglos stehen die gewachsene Skepsis gegenüber der Westintegration der Bundesrepublik und der neue Nationalismus in einer engen Beziehung zueinander¹². Unter dem Etikett einer patriotischen Gesinnung sind in der Bundesrepublik Deutschland neue Gruppierungen angetreten, die den Gedanken der europäischen Einigung gegen das Verfassungsgebot der deutschen Einheit auszuspielen versuchen. Unter den Schlagzeilen "Deutschland den Deutschen" oder "Erst Deutschland, dann Europa" werden Stereotypen reproduziert, die unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt Emotionen und etablierte (Vor-)Urteile vieler Bürger ansprechen. Eine Analyse der europapolitischen Aussagen der neuen Rechten in der Bundesrepublik zeigt, daß dort immer wieder mit den Begriffen "Butterberg", "Bürokratie" "Zentralismus", "Zahlmeister Bundesrepublik", "Ausverkauf deutscher Interessen", und "Kapitulation vor dem Wiedervereinigungsgebot" hantiert wird. Eine differenzierende Erläuterung dieser Aussagen ist weder in den Programmen dieser Parteien zu finden, noch fand sie in den Wahlkampfveranstaltungen statt. Dennoch findet die Art der Argumentation genau in den Gruppen Widerhall, auf die sie abzielt: Bei jenen, die gegenüber der Gemeinschaft und dem kommenden Binnenmarkt eine diffuse Angst hegen; also bei jenen, die Arbeit und Wohnung suchen oder um beides fürchten, weil Ausländer sie ihnen abnehmen könnten; bei den Bauern, Beamten¹³, Handwerkern und klein- und mittelständischen Unternehmernie, die sich dem Wettbewerb nicht gewachsen sehen oder um ihren in Deutschland etablierten Status fürchten; bei den Arbeitnehmern und Verbrauchern, die um den hohen Standard deutscher Arbeitsschutz- und Lebensmittelnormen fürchten. Und bei jenen, bei denen eher die Nation der Bezugspunkt für ein Gefühl des Stolzes ist als Werte wie Freiheit und Demokratie. Die Wahlanalyse zeigt, daß besonders viele Erstwähler und auffällig viele Männer über 60 Jahre für die rechtsextremen Parteien gestimmt haben¹⁵. Ihr Potential ist allerdings kleiner als jene knapp neun Prozent der Stimmen, die die rechtsextremen Parteien zusammen erreicht haben, denn dieser Stimmenanteil geht auch auf unzufriedene Wähler zurück, die nichts anderes wollten, als der Regierung einen Denkzettel zu geben.

Dennoch deutet die Verschiebung in der parteipolitischen Landschaft mit ihrer Stärkung der Extreme auf Kosten der politischen Mitte auf eine strukturelle Schwierigkeit der Europapolitik in der Bundesrepublik hin: Es gelingt ihr nur in einem mühsamen und langwierigen Prozeß, Fehleinschätzungen und Vorurteile gegenüber der EG zu beseitigen. Und es gelingt ihr kaum, positive Nachrichten aus Brüssel und Straßburg an den Mann zu bringen. Immer noch assoziieren 82% der Befragten mit der EG zuerst den Begriff "Butterberg", auch wenn dieser längst abgetragen ist!". Immer noch kursieren abenteuerliche Zahlen über die Ko-

sten der EG insgesamt und der EG-Bürokratie insbesondere, wogegen der Nutzen der Gemeinschaft weithin eine unbekannte Größe ist. Nach wie vor mangelt es an positiven Meldungen über die EG an Nachrichtenwert. Während das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof über das Reinheitsgebot für deutsche Wurst, bei dem es ja nur um die wettbewerbspolitischen Auswirkungen dieser Bestimmung ging, erneut - wie beim Reinheitsgebot für Bier - in den Rang einer nationalen Grundsatzfrage erhoben wurde¹⁷, sickerten Meldungen, wonach die deutschen Industrie- und Handelskammern und die Arbeitgeberverbände den Wohlstandszuwachs durch die Schaffung des Binnenmarktes auf 450 Mrd. Mark bezifferten, kaum in die Medien durch18. Ebensowenig war es Zeitungen, Funk und Fernsehen eine Meldung wert, daß die Bundesrepublik im Jahr 1989 aus dem EG-Sozialfonds für 288 Projekte zusammen 248,5 Mio. Mark erhält¹⁹. Insgesamt ist ein alarmierender Mangel an Informationen über die Europäische Gemeinschaft festzustellen, der nach dem Ergebnis EG-weiter Umfragen nur noch in Großbritannien unterboten wird. Dieses fehlende Wissen aber wirkt sich negativ auf das Meinungsklima gegenüber der EG aus20.

Bonner Zick-Zack-Kurs

Die Ausbreitung eines "Europessimismus" in der Bevölkerung wie das Erstarken nationalistischer Kräfte in der Bundesrepublik bleiben nicht ohne Folgen für die Europapolitik. Die Bundesregierung zeigt sich unter dem Eindruck ihres Popularitätstiefs verunsichert. Die auch unter dem Gesichtspunkt einer künftigen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingeführte Quellensteuer wurde schon nach wenigen Monaten annuliert. Bei der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EG-Ausländer verhält sich vor allem die Union äußerst zurückhaltend21. Kurz nach der Europawahl wurde angekündigt, daß der totale Abbau der Grenzen zwischen den Benelux-Staaten, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, den das Schengener Abkommen von 1985 versah, aufgeschoben werde. Die Angstmacherei der Republikaner vor einer Flut von "kriminellen Ausländern", wie es in einem Wahlspot hieß, und vor ungehemmtem Drogenschmuggel und Terrorismus verfehlte ihre Wirkung also auch auf die Bundesregierung nicht. In der Weinbaupolitik wurde das von der EG-Kommission vorgeschlagene Konzept der Mengenbegrenzung und Qualitätssteigerung weitgehend verwässert. Wo in der Landwirtschaft, im Kohle-Bergbau oder der Stahlerzeugung EG-Subventionen abgebaut wurden, ersetzte sie die Bundesregierung durch nationale Zuschüsse.

Eine Wende von der restriktiven hin zur konstruktiven Haltung vollzog die Regierung dagegen in der Währungspolitik²². Nachdem die Bundesbank und mit ihr der deutsche Finanzminister sich jahrelang eher auf das Abblocken der französischen Vorschläge für eine europäische Währungsunion verstanden hatten, suchten sie nun die Zusammenarbeit mit deren Befürwortern. Der Erfolg blieb nicht aus: Im sogenannten Delors-Komitee, das einen Stufenplan zur Schaffung der Eu-

ropäischen Währungsunion erarbeitete, hat die Bundesrepublik maßgeblichen Einfluß gewonnen und ihre Vorstellungen von einer stabilitätsorientierten und konvergenten Wirtschafts- und Währungspolitik wie von einer möglichst unabhängigen Europäischen Zentralbank durchsetzen können23. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte schon im Februar 1988 die Initiative ergriffen und in einem Memorandum für den Europäischen Rat in Hannover ein Signal der zwölf Staats- und Regierungschefs für einen europäischen Währungsraum mit einheitlichem Zahlungsmittel und gemeinsamer Notenbank verlangt. Genscher schlug einen Ausschuß von fünf bis sieben Weisen vor, der bis Mitte 1989 die notwendigen Schritte prüfen sollte, Der Europäische Rat einigte sich tatsächlich auf eine Expertengruppe, setzte sie dann aber anders zusammen (Kommissionspräsident Delors, Kommissar Andriessen, die Zentralbankchefs der zwölf Staaten und drei unabhängige Fachleute). Im Bericht des Delors-Komitees werden alle zuständigen EG-Gremien ersucht, die Vorbereitungen zur Einberufung einer Regierungskonferenz zur Änderung der Römischen Verträge zu treffen. In diesem vor allem zwischen Margaret Thatcher und Francois Mitterrand äußerst umstrittenen Punktwurde Bundeskanzler Kohl auf dem Madrider EG-Gipfel vom Juni 1989 zum ausschlaggebenden Moderator. Er schlug vor, daß dieser Punkt an zwei Bedingungen geknüpft werde: Die Konferenz zur Änderung der Verträge soll erst dann zusammentreten, wenn man mit der im Delors-Plan vorgeschlagenen Stufe eins begonnen hat. Der Konferenz sollen "angemessene und vollständige Vorbereitungen"vorangehen. Mit dieser Formulierung blieb der genaue Zeitpunkt für die Einberufung der Regierungskonferenz unbestimmt, so daß sowohl die französische wie die britische Regierung schließlich zustimmten.

In der Agrarpolitik scheute Landwirtschaftsminister Kiechle nicht mehr vor dem Eingeständnis früherer Fehler zurück. Am bemerkenswertesten dabei war, daß er das bundesdeutsche Agrarpreisveto von 1985 öffentlich als falsch und völlig unwirksam bezeichnete²⁴. Die Annäherung an eine marktwirtschaftliche Politik vollzieht sich in Bonn langsamer als in der Brüsseler Kommission. Dennoch scheint sich der Konfliktstoff in diesem Feld allmählich zu verringern.

Die Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Kräftefeld

Außenpolitisch besehen war 1988/89 für die Bundesrepublik eine Zeit bemerkenswerter Erfolge. Die deutsch-französische Zusammenarbeit verlief mit einer Ausnahme²⁵ reibungslos und wird mittlerweile mit einer Selbstverständlichkeit betrieben, die angesichts der historischen Erblast frappierend ist und ihre Wirkung in der Bevölkerung beider Staaten nicht verfehlt: Der Anteil der befragten Franzosen, die die Bundesrepublik für den "besten Freund" Frankreichs halten, ist kontinuierlich auf 53% im Jahr 1988 gestiegen. Sogar 67% der befragten Deutschen (1983: 52%) setzen Frankreich an die Spitze der befreundeten Länder²⁶. Zwar spielt die personelle Komponente in den Regierungsbeziehungen eine wichtige Rolle – Helmut Kohl und François Mitterrand blicken schon auf sieben Jahre der Zusammenarbeit zurück –, doch hat die Kooperation auch eine institutionelle Tiefe erlangt, die auch bei einem personellen Wechsel in der Führung beider Län-

der ein hohes Maß an Kontinuität garantiert. 1988 nahmen der gemeinsame Wirtschafts- und Finanzrat sowie der Verteidigungs- und Sicherheitsrat ihre Arbeit auf. Das deutsch-französische Institut in Ludwigsburg feierte sein 40jähriges Bestehen. In den politischen Gremien der NATO finden die deutschen Sicherheitsinteressen gerade bei den Franzosen immer mehr Verständnis. Dies zeigte sich zuletzt beim NATO-Gipfel im Mai 1989, als sich Präsident Mitterrand nicht gegen den deutschen Wunsch nach Verhandlungen über die atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa sperrte. Mitterrand und Bundeskanzler Kohl setzten sich gemeinsam für eine Europäische Sozialunion und eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ein. Gerade die soziale Dimension des Binnenmarktes war in der Bundesrepublik zu lange nicht genügend beachtet worden. Das Interesse Frankreichs an dieser Frage sowie der Druck des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der SPD-Opposition veranlaßten den Kanzler dann, eine nationale Europa-Konferenz zu diesem Thema einzuberufen und die Arbeiten an einer Europäischen Sozialcharta²⁷ zu unterstützen. Die Gipfeltreffen des Europäischen Rates waren mehr denn je getragen von einer deutsch-französischen Zusammenarbeit28.

Die Bundesrepublik gewann aber auch in anderen Feldern an außenpolitischer Statur. Mit der raschen Aufeinanderfolge des NATO-Gipfels in Brüssel, der Staatsbesuche des amerikanischen Präsidenten George Bush wie des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik und schließlich dem EG-Gipfel in Madrid, die allesamt erfolgreich für die Bundesregierung verliefen, entstand im Frühsommer 1989 der Eindruck eines spürbar gewachsenen Stellenwertes der Bundesrepublik in der Weltpolitik. Westdeutschland erschien mit einem Mal als der wichtigste Partner der USA innerhalb der Allianz, der erste Ansprechpartner der UdSSR in Westeuropa sowie als maßgeblicher Impulsgeber in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft. Das Konzept aller bisherigen Bundesregierungen, durch die Übertragung von Souveränität auf internationale Organisationen im Sinne der deutschen Interessen mehr Einfluß auf die internationale Politik zu gewinnen, zeitigte hier bemerkenswerte Erfolge. Gerade der Vergleich mit Großbritannien, das sich unter der Führung Margaret Thatchers beharrlich gegen die Übertragung nationaler Souveränitäten auf andere Ebenen sperrt und sich in vielen Fragen isoliert, macht deutlich, daß die Bundesrepublik mit ihrem flexibleren und europäischen Kurs an internationalem Ansehen gewonnen hat.

So erfreulich diese Entwicklung für die Bundesrepublik auch sein mag, sie birgt doch auch Gefahren: Der Teilerfolg der Deutschen in der NATO und der gute Verlauf des Bush-Besuches haben gerade bei den Briten Befürchtungen geweckt, die Bundesrepublik könne im Verein mit ihrer Wirtschaftskraft zum wichtigsten Partner der USA in Europa werden. Die Jubel-Atmosphäre und die politischen Ergebnisse des Gorbatschow-Besuches haben zusammen mit den deutschlandpolitischen Bemühungen und der stärkeren Thematisierung der deutschen Frage im Westen alte Wunden aufgebrochen, neue Irritationen über die Dauerhaftigkeit der Westbindung der Bundesrepublik verursacht. Die sich immer deutlicher ab-

zeichnende Führungsrolle Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft könnte bei den kleineren Partnern latent vorhandene Ängste einer ungenügenden Beachtung ihrer Interessen wiedererwecken. Das gewachsene außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik hat einen noch schwierigeren Balanceakt Bonns zwischen den verschiedenen Interessen der Nachbarländer zur Folge. Diplomatisches Fingerspitzengefühl ist jetzt gefragt, sonst könnte dem langsamen Aufstieg zur politischen Mittelmacht ein steiler Fall folgen.

Normalisierung mit Fragezeichen

Als besonders prägend bleiben mithin zwei sich scheinbar widersprechende Erscheinungen festzuhalten, die großen Einfluß auf die Europapolitik der Bundesrepublik und die Entwicklung der EG insgesamt haben: Zum einen das gewachsene außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland, zum anderen das Wiedererstarken nationalistischer Kräfte, die einen Rückzug der Bundesrepublik auf nationale Werte und nationale Entscheidungswege propagieren. Beides kann als Prozeß der Normalisierung gewertet werden: Ein wirtschaftlich so starkes Land wie die Bundesrepublik mußte zwangsläufig auch an politischem Einfluß gewinnen. Das Erstarken der extremen Rechten in der Bundesrepublik entspricht nur einem Prozeß, der in den meisten anderen EG-Staaten schon stattgefunden hat, so wie umgekehrt in den Ländern, in denen es bisher ganz rechte, aber keine ganz linken, bzw. grünen Parteien gab, nun auch solche entstanden sind. Insofern hat EG-weit ein Angleichungsprozeß in den nationalen Parteienlandschaften stattgefunden. Dennoch darf diese "Normalisierung" in der Bundesrepublik in ihren Auswirkungen auf die Nachbarn nicht unterschätzt werden. Auch 45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges werden - und das kann gar nicht anders sein - politischer Einfluß und ein neuer Nationalismus in der Bundesrepublik Deutschland weithin noch mit einer anderen Elle gemessen als in anderen Staaten.

Anmerkungen

- 1 S. Die Rheinpfalz v. 22. 10. 1988, S. 3.
- 2 S. FAZ v. 13, 12, 1988, S. 10.
- 3 Vgl. Hort, Peter: Eine Bilanz der deutschen EG-Präsidentschaft, in: Europa-Archiv 15 (1988), S. 421–428; Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft, Bericht Ercini, Dok. PE Nr. A2-119/88; Grunenberg, Nina: Endlich wieder ein Pilot im Flugzeug, in: Die Zeit v. 24. 6, 1988, S.3; Wessels, Wolfgang u. Elfriede Regelsberger (Hrsg.): The Federal Republic of Germany and the European Community: The Presidency and beyond, Bonn 1988.
- 4 Vgl. Garthe, Michael: Bundesrepublik

- Deutschland, in: Jahrbuch 1987/88, S. 342–350, hier S. 342 f.; Noelle-Neumann, Elisabeth u. Gerhard Herdegen: Die öffentliche Meinung, in: ebd., S. 316–329; dies.: Die öffentliche Meinung, in diesem Band.
- 5 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: Europa das unbekannte, ungeliebte Wesen? In: FAZ v. 13. 12. 1988, S. 10.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Dies bestätigt auch eine repräsentative Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stif-

- tung vom Dezember 1988, Sankt Augustin 1989.
- 9 Vgl. u. a.: Europawahl. Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Nr. 24 (1989); Infas-Analyse der Europawahl, Bad Godesberg, Juni 1989; Garthe, Michael: Die große Mehrheit der Deutschen ist für die Einigung Europas, in: Die Rheinpfalz v. 21, 6, 1989, S. 3.
- 10 Vgl. insbesondere die Infas-Analyse zur Europawahl, Bad Godesberg, Juni 1989.
- 11 Aus der umfangreichen Literatur zu diesem Thema siehe vor allem: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen, Bonn/ München 1983; ders. (Hrsg.): Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage, Köln 1985; ders. (Hrsg.): Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987; James, Harold: A German Identity 1770–1990, London 1989.
- 12 Vgl. insbesondere Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Politische Kultur und Deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1989.
- 13 Anfang 1989 hat es in der Bundesrepublik über die Vereinbarkeit des bundesdeutschen Berufsbeamtentum mit dem EG-Binnenmarkt eine heftige, weitgehend emotionalisierte Debatte gegeben.
- 14 Vor allem Speditionsunternehmen äußerten ihre Befürchtungen über Wettbewerbsnachteile im Binnenmarkt.
- 15 Vgl. die in Anm. 9 aufgeführten Wahlanalysen und weitergehend: Roth, Rainer: Entwicklungstendenzen der Politischen Kultur bei Jungwählern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–31 (1988), S. 33–44.
- 16 Vgl. Noelle-Neumann, a.a.O. (Anm. 5).
- 17 Vgl. Stabenow, Michael: Das Wurst-Urteil: Ende einer Bevormundung, in: EG-Magazin 3 (1989), S. 9–10.
- 18 Vgl. dpa-Pressemeldung v. 9. 7, 1988; ergänzend dazu: Europa '92, Cecchini-Bericht, Ba-

- den-Baden 1988.
- 19 Vgl. EWG-Nachrichten Nr. 26/27 v. 28. 6. 1988, S. 4.
- 20 So Noelle-Neumann, a.a.O. (Anm. 5).
- 21 Vgl. dazu den von der Kommission vorgelegten Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das Wahlrecht der Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten bei den Kommunalwahlen im Aufenthaltsort, Dok. Kom. (88) 371 endg. v. 11. 7. 1988; Magiera, Siegfried: Kommunalwahlrecht in den EG-Mitgliedstaaten, in: Europa-Archiv 16 (1988), S. 475–480.
- 22 Vgl. Garthe, Michael: Bundesrepublik Deutschland, a.a.O. (Anm. 3), S. 346.
- 23 Vgl. Rahmsdorf, Detlev W.: Währungspolitik, in diesem Band; vgl. auch Hankel, Wilhelm: Europäische Währungsperspektiven, in: Europa-Archiv 11 (1989), S. 351–360; Kloten, Norbert: Der "Delors-Bericht", in: Europa-Archiv 9 (1989), S. 251–260.
- 24 In einem Rheinpfalz-Redaktionsgespräch, s.: Die Rheinpfalz v. 27. 4. 1989, S. 1.
- 25 Auf der Wiener Konferenz für konventionelle Abrüstung erklärte der französische Außenminister Roland Dumas im März 1989, "bestimmte Staaten, auf deren Territorium die am weitesten vorgeschobenen Streitkräfte stationiert sind, werden Gegenstand einer besonderen Behandlung sein". Dumas bezog dabei ausdrücklich die Bundesrepublik mit ein. Bonn hatte dagegen immer davor gewarnt, das Gebiet der Bundesrepublik von dem der westeuropäischen Verbündeten durch besondere Rüstungskontrollauflagen zu separieren. Dumas hatte von der Bundesrepublik als einem "Objekt" bei den Abrüstungsverhandlungen gesprochen. Dies alles löste in der Bundesregierung einige Verstimmung aus,
- 26 So eine repräsentative Umfrage des Pariser Meinungsforschungsinstituts Sofres vom Oktober 1988.
- 27 Vgl. Seidel, Bernhard: Regional- und Sozialpolitik, in diesem Band.
- 28 Vgl. Hort, Peter: Der Europäische Rat, in diesem Band.

Weiterführende Literatur

Forschungsgruppe Europa (Hrsg.): Binnenmarkt '92: Perspektiven aus deutscher Sicht, Gütersloh 1988.

Hrbek, Rudolf u. Carl-Christoph Schweitzer: Die deutschen Europa-Parlamentarier, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3 (1989), S. 3–18.

- Kaiser, Karl u. Pierre Lellouche: Deutsch-französische Sicherheitspolitik, Bonn 1988.
- Schäuble, Wolfgang: Die deutsche Frage in Europa, in: Europa-Archiv 14 (1988), S. 414–420.
- Weinstock, Ulrich: Wo bleibt Europa? Anmerkungen zu einer Geschichte der Bundesrepu-
- blik Deutschland, in: Europa-Archiv 10 (1988), S. 291–304.
- Wessels, Wolfgang u. Elfriede Regelsberger (Hrsg.): The Federal Republic of Germany and the European Community: The Presidency and beyond, Bonn 1988.